

Dübendorf, 26. Februar 2026

Medienmitteilung: EDU Kanton Zürich meldet problematische Online-Äusserungen von Regula Hess

Die EDU Kanton Zürich hat zahlreiche problematische öffentliche Äusserungen der SP-Politikerin Regula Hess zur Kenntnis genommen und diese bei der «Meldeplattform für rassistische Online-Hassrede» (www.reportonlinerracism.ch) eingereicht.

Die EDU sieht sich zu diesem Schritt veranlasst, weil verschiedene über längere Zeit veröffentlichte Beiträge auf den X-Profilen von Frau Hess eine systematische, pauschale und in Teilen massiv herabsetzende Darstellung des Staates Israel sowie von Jüdinnen und Juden erkennen lassen. Mehrere Aussagen bewegen sich aus Sicht der EDU in bedenklicher Nähe zur Schweizer Antirassismustrafnorm (Art. 261bis StGB).

Dämonisierung Israels und Relativierung historischer Verbrechen

In den dokumentierten Beiträgen wird unter anderem behauptet, das israelische Militär töte «hobymässig» Kinder. Israel wird als «Folter- und Terroristenstaat der übelsten Art» bezeichnet, Ministerpräsident Benjamin Netanjahu als «Kindsmörder» verunglimpft. Weiter finden sich Gleichsetzungen wie «Zionismus = Nazismus» sowie Vergleiche Israels mit dem NS-Regime.

Besonders gravierend ist aus Sicht der EDU die Relativierung der «Endlösung», indem unter Berufung auf ein angebliches SS-Dokument die historischen Verbrechen in Frage gestellt oder verharmlost werden. Ebenso problematisch sind Beiträge, in denen Israel als «destruktiver Parasit» beschrieben oder dazu aufgerufen wird, Israel «für immer zu bekämpfen».

Solche Formulierungen stellen keine sachliche politische Kritik mehr dar. Sie überschreiten die Grenze zur pauschalen moralischen Totalverurteilung und tragen zur gesellschaftlichen Polarisierung bei. Wenn zudem in Cartoons oder Beiträgen nicht mehr klar zwischen dem Staat Israel und «den Juden» unterschieden wird, sondern eine religiös-ethnische Gruppe insgesamt herabgesetzt wird, ist eine rote Linie überschritten.

Klare Einordnung des Nahostkonflikts

Der EDU ist es ein zentrales Anliegen, dass über Israel keine Unwahrheiten verbreitet werden. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg zwischen Israel und der Hamas muss klar festgehalten werden: Ausgelöst wurde dieser Krieg durch den schrecklichen Terrorangriff vom 7. Oktober 2023, als rund 5'000 Hamas-Terroristen zivile Ziele in Israel überfielen, mordeten, vergewaltigten und Geiseln verschleppten.

Ebenso ist festzuhalten, dass die unbarmherzige und unnachgiebige Haltung der Hamas – insbesondere die fortgesetzte Geiselhaltung und der fortdauernde Raketenbeschuss – wesentlich zur Verlängerung des Konflikts beigetragen hat. Von einem «Genozid» zu sprechen, wie dies in

entsprechenden Kreisen immer wieder getan wird, entbehrt nach Auffassung der EDU jeder sachlichen Grundlage. Neuere Statistiken und unabhängige Einschätzungen stützen diese schwerwiegende Anschuldigung nicht.

Entschiedener Einsatz gegen Antisemitismus

Die EDU Kanton Zürich betont ausdrücklich: Politische Kritik an Regierungen und Staaten ist in einer Demokratie legitim – auch in zugespitzter Form. Nicht legitim ist jedoch die pauschale Dämonisierung eines Staates oder die Verunglimpfung des Judentums als Ganzes.

Die EDU setzt sich entschieden gegen jede Form von Antisemitismus zur Wehr. Wer Israel mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt, die «Endlösung» relativiert oder das Existenzrecht des jüdischen Staates moralisch absolut verneint, leistet aus Sicht der EDU einer gefährlichen Verrohung des politischen Diskurses Vorschub.

Mit der Meldung bei der zuständigen Plattform will die EDU ein klares Zeichen setzen: Antisemitische Stereotype, pauschale Diffamierungen und die Relativierung historischer Menschheitsverbrechen haben im politischen Diskurs keinen Platz – auch nicht in sozialen Medien.

Kontakt:

Pfr. Jann Flütsch

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Am Wasser 26

8600 Dübendorf

Telefon: 052 222 42 61

Mobil: 079 630 16 09

E-Mail: jann.fluetsch@edu-zh.ch

Weitere Informationen: Die EDU setzt sich aus Christen verschiedener Bekenntnisse zusammen. Sie wurde 1975 gegründet und ist seit 1978 in kantonalen und kommunalen Behörden und von 1991 bis 2011 und erneut seit 2019 im Nationalrat vertreten. Die EDU versteht sich als unabhängige Partei mit bürgerlicher Ausrichtung, die sich der Wahrheit verpflichtet sieht. Sie finanziert sich durch Mitgliederbeiträge und Spenden.